



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Tagebuch des deutsch-französischen Krieges 1870/71

Elpons, Paul von
Saarbrücken, [1894]

Mittwoch, 13. Juli.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-66798](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-66798)

Berlin. Das Staatsministerium trat, soweit es in den gegenwärtig hier anwesenden Ministern Ikenplitz, Eulenburg vertreten ist, heute zu einer Sitzung unter dem Vorsitz des Kriegsministers v. Roon zusammen, welcher von Gütergoh herübergekommen war. Veranlassung zu dieser Sitzung gaben augenscheinlich die neuesten Nachrichten aus Paris.

Paris. Der preussische Botschafter war heute Morgen wieder hier eingetroffen, ebenso Herr von Bourquency mit Depeschen von Benedetti und Herr von Bourgoing mit Depeschen der Botschaft in Wien. Der Kaiser, der nach den Tuileries sich begeben und daselbst Ministerrath gehalten hat, hat um 1 Uhr Herrn von Werther empfangen. Später hatten die Minister Olivier und Gramont eine lange Besprechung mit Herrn von Werther, die bis halb vier Uhr dauerte.

Der spanische Botschafter hat eine Depesche des Fürsten Anton von Hohenzollern erhalten, des Inhalts, der Fürst habe an den Marschall Prim telegraphirt, daß Angesichts der Schwierigkeiten, auf welche die Kandidatur seines Sohnes zu stoßen scheint, er in dessen Namen dieselbe zurückgezogen habe. Er fügte bei, daß, da die letzten Ereignisse eine solche Situation geschaffen hätten, Spanien nur von dem Gefühl seiner Unabhängigkeit sich leiten lassen könne, das Votum nicht als ein aufrichtiges und freiwilliges betrachtet werden könne, wie dies für die Wahl eines Monarchen nothwendig wäre.

Im Gesetzgebenden Körper herrschte große Aufregung. Während die Einen der Meinung waren, daß die Verzichtleistung des Prinzen Hohenzollern die Schwierigkeiten beendige, behaupteten Andere das Gegentheil und versicherten, daß gleichwohl eine Mittheilung an den Gesetzgebenden Körper erfolgen werde. In der Sitzung richtete sodann Herr Duvernois einen Antrag an das Kabinet über die Garantien, die gefordert worden seien oder die man fordern werde, um der Wiederkehr derartiger Verwickelungen mit Preußen vorzubeugen. Herr Duvernois überließ es der Regierung, den Zeitpunkt zur Beantwortung dieser Frage zu bestimmen. Die Kammer ging darauf zur Budget-Diskussion über.

Paris. Auch das „Journal des Débats“ erhebt heute abermals in sehr anerkennenswerther Weise seine Stimme, um, wenn es noch möglich ist, dem fluchwürdigen Krieg vorzubeugen, dessen Ausbruch droht. Einerseits rath es dem Prinzen von Hohenzollern, der Humanität und dem europäischen Frieden seinen persönlichen Ehrgeiz zum Opfer zu bringen, andererseits appellirt das Blatt an die Vernünftigen unter seinen Landsleuten, indem es ihnen sagt:

„Der Patriotismus kann nicht darin bestehen, sofort Feuer und Flamme zu sein für oder gegen eine Nation, alle Rücksicht ihr gegenüber zu vergessen und ein Ministerium zu unterstützen, weil es in feierlichem Tone von der Größe und der Sicherheit des vom Auslande bedrohten Frankreichs spricht.“

Paris. Der „Temps“ schreibt: Unser Ministerpräsident hat, nach Meldung der Zeitung „Public“, erklärt: Im Auswärtigen Amte habe ich unsere ganze diplomatische Sammlung lesen wollen, und die Scham ist mir in's Gesicht gestiegen; ich habe Frankreich erniedrigt gesehen, den Kaiser auf den Knien vor Europa, und ich habe mir gesagt: Wir müssen Krieg haben! Der Krieg allein kann uns wieder aufrichten. Diese Mittheilung, so sagt der „Temps“, ist bisher nicht widerrufen worden.

London. In der Nachsitzung des Oberhauses erwiderte auf die Interpellation des Lord Malmesbury der Staatssekretär des Aeußern, Earl Granville:

„Dienstag Abend erfuhr ich telegraphisch, was die provisorische Regierung Spaniens gethan hatte. Am Mittwoch kam der französische Botschafter, Marquis de Lavalette, zu mir und theilte mir den Entschluß Frankreichs mit, die

Ausführung des Projekts zu verhindern. Ich sagte dem Botschafter, die Neuigkeit habe mich und Gladstone überrascht, ich müßte aber mein Urtheil zurückhalten, bedauerte die starken Aeußerungen der französischen Minister, räumte aber das Vorhandensein einer starken Aufregung in Frankreich ein. Ich werde bemüht sein, ohne Dictation und unbeschadet der Würde anderer Länder und Regierungen Europa's die Nothwendigkeit einer allseitigen Erörterung dieser Frage vorzustellen, und hoffe, die Mäßigung der Fürsten und Staatsmänner werde den Krieg abwenden.“

Im Unterhause antwortete Gladstone auf eine Interpellation Hunt's, die englische Regierung wisse nicht, daß die preussische Regierung sich zur Billigung der Wahl irgendwie gebunden habe.

Mittwoch, 13. Juli.

Berlin. Die halbamtliche „Provinzial-Correspondenz“ bringt folgenden zusammenfassenden Artikel, in welchem mit Würde und Festigkeit die letzten Ereignisse besprochen werden:

„Die Geduld des deutschen Volkes ist durch die Behandlung, welche die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern für den spanischen Thron in Frankreich erfahren hat, auf eine schwere Probe gestellt worden; aber so groß die Geduld war, so tief ist auch die gerechte Entrüstung über den beleidigenden, selbst drohenden Ton, der jenseits des Rheines bei dieser Gelegenheit angeschlagen worden ist. Wenn man der Tagespresse in Zeiten der Erregung eine schroffe und verletzende Sprache allenfalls zu Gute hält, so dürfte man doch erwarten von einem Manne, wie dem Herzog von Gramont, welcher als der Auswärtige Minister eines großen Landes die Gewohnheit und Fähigkeit haben sollte, schwierige politische Fragen mit Schonung zu behandeln, daß er im gegenwärtigen Falle die Sache mit größerer internationaler Vorsicht und Rücksichtnahme angefaßt hätte.

Wäre wirklich ein überwiegendes französisches Interesse durch die Kandidatur des hohenzollern'schen Prinzen verlegt worden, so wäre bis zum 6 Juli für Frankreich nichts leichter gewesen, als die guten Dienste irgend einer befreundeten Macht, vielleicht gerade Preußens, in vertraulicher Weise in Anspruch zu nehmen, um den Versuch zu machen, die thatsächlichen Verhältnisse mit den Interessen Frankreichs womöglich in Einklang zu bringen. Der Weg dagegen, welchen der Herzog von Gramont eingeschlagen hat, die im diplomatischen Verkehr und im Munde eines Auswärtigen Ministers unerhörte Färbung der von ihm beliebten Sprache müssen in den Gefühlen des deutschen Volkes eine tiefe und ernste Verstimmung begründen.

Man hat in Deutschland bis zum letzten Augenblick an eine ernste Kriegsgefahr nicht glauben mögen, weil in der That die Frage nicht dazu angethan schien. Man dürfte bei uns zunächst der Meinung sein, daß der Prinz von Hohenzollern, der ein naher Verwandter des französischen Kaiserhauses ist, während er mit dem preussischen Königshause eine Namensverwandtschaft hat, daß namentlich sein Vater, welcher mit dem Kaiser der Franzosen von alter Zeit her in engen persönlichen Beziehungen stand, wohl wissen mußte, wie Frankreich sich zu der Kandidatur stellen würde, — daß ferner die spanische Regierung, welche die Sache vor allem anging, sich der Auffassung Frankreichs versichert haben würde.

Die preussische Regierung als solche ist, wie auch den Vertretern in Deutschland mitgetheilt worden, der ganzen

Angelegenheit vollständig fremd geblieben; selbst Se. Majestät der König ist nach den Hausgesetzen nicht in der Lage, den Mitgliedern des kaiserlich hohenzollern'schen Hauses zur Annahme einer fremden Krone die Erlaubniß zu ertheilen oder zu versagen. Der preussische Staat und der König haben daher mit der Sache selbst nichts zu schaffen gehabt, alle Entscheidung und Verantwortung ruhte von vorn herein ausschließlich bei der spanischen Regierung und bei dem Prinzen von Hohenzollern selbst.

Es war daher eine völlig ungereimte Zumuthung von französischer Seite, daß Se. Majestät der König oder vollends die preussische Regierung dem Prinzen von Hohenzollern die Annahme der spanischen Krone untersagen sollte. Beide hatten dazu gar kein Recht, da Prinz Leopold, welcher 35 Jahre zählt, großjährig ist und sich aller der Rechte persönlicher Selbstständigkeit erfreut, welche die Verfassung ihm so gut wie jedem anderen Staatsangehörigen gewährleistet. Der König konnte mithin gar nicht in die Veruchung kommen, dem von französischer Seite an ihn erhobenen Anspruch zu genügen.

Wenn inzwischen von Madrid über Paris die Nachricht eingetroffen ist, daß der Fürst von Hohenzollern, der Vater des Prinzen Leopold, der spanischen Regierung die Mittheilung von der Verzichtleistung desselben auf die Thronbewerbung gemacht habe, so hat der Prinz bei dieser Ablehnung ebenso innerhalb seiner selbstständigen persönlichen Berechtigung gehandelt, wie bei der vorherigen Annahme. Welche Erwägungen ihn dabei geleitet haben, das entzieht sich für jetzt der näheren Kenntniß und Betrachtung.

Ob die französische Erregung gegen Preußen durch diese Entschliegung des Prinzen, welcher, so hochgestellt er ist, doch eben nur ein Privatmann ist, beschwichtigt sein wird, das muß der weitere Erfolg lehren. Deutschland ist glücklicherweise in der Lage, diesen Erfolg ruhig abzuwarten und den Entschliegungen jedes seiner Nachbarn, wer es auch sei, ohne sonderliche Besorgniß entgegenzusehen zu können.

Sollte aber auch in Paris die bisherige Aufwallung einer ruhigeren Auffassung Platz machen, so wird doch in Deutschland auf lange Zeit der Eindruck nicht zu verwischen sein, den diese plötzliche drohende und beleidigende Haltung unserer Nachbarn hinterlassen hat. Es wird schwer sein, das Vertrauen auf gute nachbarliche Verhältnisse und den Glauben an den guten Willen der jetzigen französischen Regierung auf Erhaltung des Friedens wieder herzustellen, nachdem die Versicherungen, welche dieselbe Regierung am 30. Juni dieses Jahres gegeben, daß der Friede niemals gefährdeter gewesen als gerade jetzt, nach kaum acht Tagen in so auffälliger und befremdlicher Weise verleugnet worden sind. Es kann nicht fehlen, daß alle die beunruhigenden Gerüchte, welche den Eintritt des Herzogs von Gramont in's Ministerium begleiteten, mit einem starken Anspruch auf Glaubwürdigkeit wieder aufleben; der Schaden aber, welchen die Wohlfahrt friedlicher Bevölkerungen durch solche Anwandlungen wie die der letzten Woche erleidet, kann leider so schnell nicht verwachsen, wie er bereitet wird."

Berlin. Was die Haltung Süddeutschlands zu einem eventuellen preussisch-französischen Kriege betrifft, so ist es klar, daß die Haltung der verschiedenen Regierungen, mit Ausnahme

der badischen, eine zweifelhafte sein würde. Wir entnehmen in dieser Beziehung der „National-Zeitung“ eine Correspondenz aus Stuttgart. Dieselbe lautet: Die spanische Frage hat plötzlich reges Leben in die bisherige politische Windstille gebracht. Es freut mich, Ihnen melden zu dürfen, daß die Stimmung hier ganz allgemein die Haltung Frankreichs verdammt; die ruhige und besonnene Haltung Preußens gegenüber dem unvernünftigen Haß der Franzosen macht den besten Eindruck. Selbst der Stuttgarter demokratische „Beobachter“ hat es noch nicht gewagt, ein Wort der Mißbilligung auszusprechen über das bisherige Vorgehen Preußens in dieser Sache. In den Schichten des Volkes ist man keineswegs allarmirt; man fühlt, daß man trotz des erhobenen Geschreis an Preußen eine Stütze hat, auf die man sich im Falle der Noth verlassen kann, und auch die prinzipiellen Gegner des neuen Deutschland müssen in solchen kritischen Augenblicken eingestehen, daß alle Deutsche heute einem Konflikte mit Frankreich mit weit größerer Ruhe entgegen sehen, als vor dem Jahre 1866. In den höheren Regionen hier scheint das Gefühl ein weniger behagliches zu sein, als in den Volkskreisen. Die Männer, welche der Regierung nahe stehen, wissen sehr wohl, daß in einem Kriege zwischen Frankreich und Preußen nicht bloß die spanische Frage entschieden würde. Werden unsere Minister angesichts dieser unzuverlässigen Thatsachen nun endlich feste Stellung nehmen? Ich glaube dies verneinen zu müssen; man wird sich auch jetzt wieder auf eine sehr schwankende Haltung unserer Regierung gefaßt machen müssen. An französischen Einflüsterungen wird es wenigstens nicht fehlen, und man wird wohl daran thun, sich hier und in Berlin daran zu erinnern, daß derselbe Mann noch immer leitender Minister ist, welcher einst die Worte ausgesprochen: „Lieber französisch als preussisch.“ Es ist wahrlich nicht politische Streitsucht, welche mich bestimmt, jetzt an diese Worte zu erinnern; aber im Hinblick auf die drohende Gefahr ist es gut, den Dingen gerade ins Gesicht zu sehen, um sich keinen gefährlichen Illusionen hinzugeben, und da bleibt meine Meinung, daß von einem Ministerium Varnbüler Alles denkbar ist; das württembergische Volk und die preussische Regierung werden hoffentlich dafür sorgen, daß ihm nicht alles möglich werde!"

Berlin. Eine andere Nachricht besagt: Von Darmstadt, Karlsruhe und München sind an unser Auswärtiges Amt die befriedigendsten Zusicherungen über eine unter allen Umständen zu gewärtigende Vertrags- und Bundestreue dieser drei Staaten gelangt, während der württembergische Minister von Varnbüler sich in ausweichenden Redensarten gefällt.

Berlin. Die „Post“ theilt mit: Bekanntlich hat am Montag unter Vorsitz des Herrn von Roon ein Ministerrath stattgefunden. Jetzt verlautet, daß auch in demselben die Frage beraten worden, ob bereits jetzt, wo die Vorbereitungen Frankreichs zum Kriege notorisch seien, preussischerseits Maßregeln ergriffen werden müssen. Man ersähet jedoch, daß die Minister es bei unserer vorzüglichen Militärorganisation und der erprobten Leistungsfähigkeit der Armee für thöulich angesehen haben, noch einige Tage zu warten. Man wird aber nicht befürchten dürfen, daß im Augenblick der Nothwendigkeit der rechte Moment veräußt worden ist. Sobald die Lage den höchsten Ernst angenommen haben wird, so daß der Krieg unvermeidlich erscheint, wird sofort auch der Reichstag berufen werden, um zu entscheiden, ob man sich ohne Gegenwehr mitten im tiefsten Frieden von einem insolenten und rauflustigen Nachbar ohne allen Grund soll überfallen lassen. Die Antwort des Reichstags unterliegt keinem Zweifel.

So war denn durch die Verzichtleistung des Prinzen Leopold die Veranlassung des ganzen Lärmes mit einem Schlage beseitigt. Die Völker, welche mit steigender Erregung und athemloser Spannung zwei große Nationen einem blutigen

Kriege hatten zutreiben sehen, athmeten wieder auf. Verschwinden war jede Veranlassung zu einem kriegerischen Vorgehen, bewiesen war aber auch, daß die Franzosen sich geirrt hatten, als sie in der ganzen Frage nur eine Intrigue Bismarck's witterten, denn wäre dies der Fall gewesen, so würde dieser Staatsmann Mittel und Wege gesucht und wohl auch gefunden haben, um den Franzosen zu zeigen, daß ein deutscher Prinz vor französischer Annahmung nicht zurückweiche. Aber dem Frieden wurde ein Opfer gebracht, und nun sahen Napoleon und seine Minister plötzlich das Schreckbild des „preussischen Prinzen auf dem spanischen Thron“, mit welchem sie die Phantasie der Franzosen bis zum Uebersten erhitzen hatten, verschwinden. An eben diesem Tage, am 13. Juli, erging zudem noch folgende Depesche:

„Madrid. Die Regierung hat ihre auswärtigen Vertreter telegraphisch beauftragt, sie möchten den betreffenden Regierungen mittheilen, daß sie, die spanische Regierung, die Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern angenommen habe.“

Die Vorgänge in Ems am 13. Juli und die berühmte Emscher Depesche.

1. Depesche des Geheimraths von Abeken aus Ems an den Bundeskanzler Grafen Bismarck in Berlin.

Seine Majestät der König schreibt mir: „Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphiren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt etwas ernst zurück, da man a tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfte noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte, und da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsehe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.“ Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten**) bekommen. Da Seine Majestät dem Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschloß, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen, daß Seine Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt und dem Vorkläger nichts Weiteres zu sagen habe. Seine Majestät stellt Eurer Exzellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedetti's und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten als in der Presse mitgetheilt werden sollte.

2. Telegramm des Grafen Bismarck an die preussischen Gesandten im In- und Auslande.

Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgetheilt worden sind, hat der französische Vorkläger in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphire, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten. Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Vorkläger nochmals zu empfangen und denselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Vorkläger nichts weiter mitzutheilen habe.

3. Eine Darstellung der Emscher Vorgänge vom Flügel-Adjutanten Fürsten Radziwill.

„Seine Majestät der König, in Folge einer Unterredung mit dem Grafen Benedetti am 13. Juli früh auf der Brunnen-Promenade, hatte die Gnade, mich gegen 2 Uhr Nachmittag mit folgendem Auftrag zu dem Grafen zu schicken:

*) Es bezieht sich dies darauf, daß Benedetti Sr. Majestät dem König gesagt hatte, er wisse aus Madrid über Paris, daß die Hohenzollern'sche Kandidatur zurückgezogen sei. Um die Zeit, als Benedetti dies dem König sagte, hatte der König noch keine Nachricht darüber.

**) Des Fürsten Anton von Hohenzollern (Vater).

Im Anschluß an vorstehende Depeschen findet an dieser Stelle zweckentsprechend Aufnahme eine Darstellung der Emscher Vorgänge, welche auf Befehl und unter unmittelbarer Approbation Sr. Majestät des Königs redigirt und am 18. Juli den Vertretern des norddeutschen Bundes im Auslande mitgetheilt wurde. Sie lautet wie folgt:

Die Kandidatur des Prinzen Leopold für den spanischen Thron existirte somit nicht mehr, und nun schrieb der unter dem Einflusse der französischen Regierung stehende Pariser „Constitutionnell“:

„Die Bewerbung des deutschen Prinzen um den spanischen Thron ist beseligt und der Friede Europa's wird nicht gestört werden. Wir sind befriedigt. Der Prinz von Hohenzollern wird nicht in Spanien regieren. Mehr verlangten wir nicht, und mit Stolz nehmen wir diese friedliche Lösung an, sie ist ein großer Sieg, der keinen Blutstropfen kostete.“

Aber Napoleon und seine Minister war nicht befriedigt, sie wollten nicht in dieser friedlichen Weise den Streit ausgehen lassen, sondern wenigstens mit einem Knalleffekt schließen, der zeigen sollte, daß man thatsächlich vor Frankreich in unterwürfiger, demüthiger Weise zu Kreuze gekrochen sei. Das Räthsel über diese denkwürdigen Ereignisse ergibt sich aus dem Folgenden.

Seine Majestät hätte vor einer Stunde, durch schriftliche Mittheilung des Fürsten zu Hohenzollern aus Sigmaringen, die vollkommene Bestätigung dessen erhalten, was ihm der Graf des Morgens in Betreff der Verzichtleistung des Prinzen Leopold auf die spanische Thronkandidatur, als direct aus Paris erfahren, mitgetheilt hätte. Seine Majestät sah hiermit diese Angelegenheit als abgemacht an.

Graf Benedetti, nachdem ich ihm diesen Auftrag ausgerichtet, äußerte, er hätte seit seiner Unterredung mit dem Könige eine neue Depesche des Herrn von Gramont erhalten, in der er beauftragt würde, sich eine Audienz von Seiner Majestät zu erbitten und nochmals Seiner Majestät den Wunsch des französischen Gouvernements nahe zu legen:

1. die Verzichtleistung des Prinzen zu Hohenzollern zu approbiren, und
2. die Versicherung zu ertheilen, daß auch in Zukunft diese Kandidatur nicht wieder aufgenommen werden würde.

Hierauf ließ Seine Majestät dem Grafen durch mich erwidern, daß Seine Majestät die Verzichtleistung des Prinzen Leopold in demselben Sinne und in demselben Umfange approbiren, in dem Seine Majestät dies vorher mit der Annahme dieser Kandidatur gethan hätten. Die schriftliche Mittheilung der Verzichtleistung hätte Seine Majestät von dem Fürsten Anton zu Hohenzollern erhalten, Höchswelcher hierzu vom Prinzen Leopold autorisirt worden sei. In Betreff des zweiten Punktes, der Versicherung für die Zukunft, könne sich Seine Majestät nur auf das berufen, was Allerhöchstdieselbe dem Grafen des Morgens selbst erwidert hätten.

Graf Benedetti nahm diese Rückäußerung Sr. Majestät dankbar entgegen und äußerte, er würde dieselbe, wie er hierzu autorisirt sei, seinem Gouvernement zurückmelden.

In Betreff des zweiten Punktes mußte er aber, weil er durch die letzte Depesche des Herrn von Gramont die ausdrückliche Anweisung hierzu hatte, seine Bitte um eine nochmalige Unterredung mit Seiner Majestät aufrecht erhalten und wäre es auch nur, um dieselben Worte Seiner Majestät wieder zu vernehmen, um so mehr, als sich in dieser letzten Depesche neue Argumente vorfanden, die er Seiner Majestät unterbreiten möchte.

Hierauf ließ Seine Majestät dem Grafen Benedetti durch mich zum dritten Male nach Tisch, etwa um 6 Uhr erwidern, Seine Majestät müsse es entschieden ablehnen, in Betreff dieses letzten Punktes (bindende Versicherungen für die Zukunft) sich in weitere Diskussionen einzulassen. Was er heute Morgen gesagt, sei Allerhöchst sein letztes Wort in dieser Sache, und er könne sich lediglich darauf berufen.

Auf die Versicherung, daß auf die Ankunft des Grafen Bismarck in Ems auch für den nächsten Tag bestimmt nicht zu rechnen sei, erklärte Graf Benedetti, sich seinerseits bei dieser Erklärung Seiner Majestät des Königs beruhigen zu wollen.“

Ems, den 13. Juli 1870.

gez. A. Radziwill,
Oberst-Lieutenant und Flügel-Adjutant
Seiner Majestät des Königs.

„Der Graf Benedetti beantragte am 9. d. Mts. in Ems eine Audienz beim Könige, die ihm sofort bewilligt ward. In derselben verlangte er, der König solle dem Erbprinzen von Hohenzollern den Befehl ertheilen, seine Annahme der spanischen Krone zurückzunehmen. Der König entgegnete, daß, da er in der ganzen Angelegenheit nur als

Familienhaupt und niemals als König von Preußen begrüßt worden sei, er keinen Befehl zur Rücknahme erteilen könne. Am 11. erbat und erhielt der französische Botschafter eine zweite Audienz, in welcher er eine Pression auf den König auszuüben veruchte, damit derselbe in den Prinzen dringe, der Krone zu entsagen. Der König erwiderte, der Prinz sei vollkommen frei in seinen Entschlüssen, übrigens wisse er selbst nicht einmal, wo der Prinz, der eine Alpenreise machen wolle, sich in diesem Augenblick befinde. Auf der Brunnen-Promenade am 13. Morgens gab der König dem Botschafter ein ihm selbst soeben zugestelltes Extrablatt der „Kölnener Zeitung“ mit einem Privat-Telegramm aus Sigmaringen über den Verzicht des Prinzen, mit der Bemerkung, daß er selbst, der König, noch kein Schreiben aus Sigmaringen empfangen habe, ein solches aber wohl heute erwarten könne. Graf Benedetti erwähnte, daß er schon gestern Abend die Nachricht vom Verzicht aus Paris erhalten habe, und als der König hiermit die Sache als erledigt ansah, verlangte der Botschafter nunmehr ganz unerwartet vom Könige, er solle die bestimmte Versicherung aussprechen, daß er niemals wieder seine Einwilligung geben werde, wenn die qu. Kron-Kandidatur etwa wieder aufleben sollte. Der König lehnte eine solche Zumuthung bestimmt ab und blieb bei diesem Ausspruch, als Graf Benedetti wiederholt und immer dringender auf seinen Antrag zurückkam. Demungeachtet verlangte Graf Benedetti nach einigen Stunden eine dritte Audienz. Auf Befragen, welcher Gegenstand zu besprechen sei, ließ er erwidern, daß er den am Morgen besprochenen zu wiederholen verlange. Der König wies aus diesem Grunde eine neue Audienz zurück, da er keine andere Antwort als die gegebene habe, übrigens auch von nun an alle Verhandlungen durch die Ministerien zu gehen hätten. Den Wunsch des Grafen Benedetti, sich beim Könige bei seiner Abreise zu verabschieden, gewährte derselbe, indem er ihn bei seiner Fahrt nach Koblenz auf dem Bahnhofe am 14. im Vorübergehen begrüßte. Hiernach hat also der Botschafter drei Audienzen beim Könige gehabt, die stets den Charakter von Privatgesprächen trugen, da Graf Benedetti niemals als Beauftragter oder Unterhändler sich gerirte.

(Bemerkung. Die oben zuerst aufgeführte Depesche des Geheimraths von Abeken ist der Oeffentlichkeit erst bekannt geworden am 23. November 1892, an welchem Tage der Reichskanzler von Caprivi dieselbe im Reichstage verlas, um den Beweis zu führen, daß sein Amtsvorgänger, Fürst Bismarck, die Depesche nicht „gefälscht“, nicht in friedensstörender Absicht derselben eine Spitze gegen Frankreich gegeben, sondern daß er in etwas kürzerer Form inhaltlich dasselbe nach dem In- und Auslande telegraphiren ließ, was ihm vom Geheimrath von Abeken im Auftrage des Königs Wilhelm gemeldet worden war. Eine Vergleichung des Wortlautes beider Depeschen ergibt dies auch.)

Berlin. Spät Abends erscheint ein Extrablatt der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.“, welches die vom Grafen Bismarck an die diplomatischen Vertreter gesandte Depesche (oben Nr. 2) veröffentlicht.

Wien. Alle hiesigen Zeitungen stellen die Forderung, daß die Regierung der preussisch-französischen Verwicklung gegenüber zur absoluten Neutralität, zur vollständigen Enthaltung sich entschliefse. Diejenigen Blätter, welche von jeher sich durch ihre feindselige Haltung gegen Preußen ausgezeichnet haben, unterlassen es nicht, trotzdem die Hohenzollern'sche Kandidatur beseitigt ist, Preußen wegen seines dynastischen Ehrgeizes für den Ausbruch des Krieges verantwortlich zu machen und gönnen ihm eine Züchtigung wegen seines unerträglichen Uebermuthes von ganzem Herzen. Die alte „Presse“ allein hat sich eine unparteiische Auffassung der Situation bewahrt. Sie schreibt:

„Es stellt sich jetzt immer deutlicher heraus, daß Frankreich seinen Kriegszug haben muß, und sollte es sich denselben vom Monde herabholen. Welche Gründe Louis Napoleon zu seinem Vorgehen treiben, können wir nicht wissen; aber

diese Politik selber wirft von Tag zu Tag die letzten Hüllen mehr und mehr ab. Es wird von allen Seiten bestätigt, daß der ganze Streit nichts ist als eine Handhabe, deren man sich einfach deshalb bediente, weil es in der That für Preußen keine leichte Aufgabe sein würde, Deutschland zu einem Kampfe für die Begründung einer dem Hause Hohenzollern weitläufig verwandten Dynastie auf dem Throne Karl's V. zu begeistern. Wenn, wie es jetzt den Anschein gewinnt, der Streit um die Thronbewerbung des Hohenzollern von vornherein nur ein Deckmantel für die Präntensionen dieser Art gewesen, dann ist es jedenfalls höchst überflüssig, noch eine Silbe über die spanische Angelegenheit zu verlieren. Dann ist der Krieg unvermeidlich, weil Frankreich ihn will, und gerade deshalb an den Norddeutschen Bund Forderungen richtet, von deren absoluter Unannehmbarkeit es im Voraus fest überzeugt ist. Dann ist es aber auch nahezu gewiß, daß Thier's Prophezeiung sich erfüllen wird, wonach es kein probateres Mittel gibt, Süddeutschland in die Arme Preußens zu jagen, als ein Angriff auf den Rhein.“

Paris. In der heutigen Sitzung des Gesetzgebenden Körpers verlas der Herzog von Gramont folgende Erklärung:

„Der spanische Botschafter hat uns gestern in offizieller Weise den Verzicht des Prinzen Leopold von Hohenzollern auf die Thron-Kandidatur mitgetheilt. Die Verhandlungen, welche wir mit Preußen führen und welche kein anderes Objekt gehabt haben, sind noch nicht beendet. Es ist uns daher noch nicht möglich, über dieselben zu berichten und der Kammer und dem Lande heute ein allgemeines Exposé über die Angelegenheit vorzulegen.“

Der Deputirte David fragt, ob der Verzicht von dem Prinzen von Hohenzollern oder von dem Fürsten von Hohenzollern, seinem Vater, komme. Der Herzog von Gramont antwortete, er habe nichts hinzuzufügen. Der Deputirte Duvernois wünscht Festsetzung eines der nächsten Tage zur Discussion über seine Interpellation. Deputirter David bringt folgende Interpellation ein:

„In Anbetracht der neulichen kategorischen Erklärungen des Ministeriums und in Anbetracht der gegenwärtigen Erklärungen, welche mit der Ausdehnung der Verhandlungen in flagrantem Widerspruch stehen, verlange ich, das Ministerium über seine Haltung zu interpelliren, welche die Würde Frankreichs verlegt. Auf den Vorschlag des Herzogs von Gramont wird die Discussion über die beiden Interpellationen der Deputirten David und Duvernois auf nächsten Freitag festgesetzt.“

Paris. Abg. Paul de Cassagnac, ein bekannter bonapartistischer Heißsporn, wüthet in seiner Zeitung „Pays“ gegen das Ministerium, welches durch Herrn de Gramont hat erklären lassen, Frankreich sei durch die Depesche des Fürsten Anton von Hohenzollern zufrieden gestellt. Das Ministerium werde in Zukunft einen Namen führen, den des Ministeriums der Schande. Die Friedens-Proklamation sei der Fall des Ministeriums und der Krieg. Wie die „Presse“ erfährt, haben vier Minister, die Herren Allivier, Marschall Le Boeuf, Segris und Admiral Rigault de Genouilly ihre Entlassung eingereicht. (Dies scheint demnach die Kriegspartei zu sein, welche grollend zurücktritt.)

Das „Journal des Débats“ hofft noch eine friedliche Lösung. Nichts wäre weniger geeignet, sagt es, die Dynastie Napoleons zu befestigen, als der Krieg, denn das Frankreich des 19. Jahrhunderts hat Besseres zu thun, als ungerecht Streit zu suchen mit seinem stärksten Nachbar und sich mit der Beraubung seines schwächsten Nachbarn zu bereichern.

Paris. Um den Ministern eine Reise zu ersparen, war der Kaiser Napoleon gestern aus St. Cloud herübergekommen und hielt in den Tuilerien einen Ministerrath ab. Die Ankunft des Kaisers erzeugte eine ängstliche Stimmung, da man annahm, daß schlechte Nachrichten aus Gms eingetroffen seien. Man war um so düsterer, als die Blätter wieder voll Nachrichten betreffs der kriegerischen Vorbereitungen in Frankreich waren und zugleich die Nachricht brachten, Preußen ziehe bei Lörrach in Baden 25 000 Mann zusammen und habe außerdem Maßregeln ergriffen, um längs des Rheines 70 000 Mann aufzustellen. Um $\frac{3}{4}$ Uhr verbreitete sich nun plötzlich die Nachricht, der Konflikt werde ausgeglichen werden. Sie wurde fast überall mit großer Befriedigung aufgenommen, da die Parisianer des Krieges keineswegs so zahlreich waren, wie man der Sprache der ministeriellen Blätter, der Hof-Journale und eines Theiles der Presse nach, hätte glauben müssen. In die Börse brachte die Nachricht große Aufregung. Alle Werthe stiegen in einem Augenblick um 4—5 pCt.

Donnerstag, 14. Juli.

Koblenz. Der König besuchte heute das Concert in den Rhein-Anlagen und wurde dort enthusiastisch empfangen. Bei der Abfahrt fand Aufwartung des Kriegervereins mit Musikcorps und Fahne statt. Der König erwiderte die betreffende Ansprache mit den Worten: „Kameraden! Ich freue mich sehr über die mir dargebrachte Ueberraschung.“

Gms. Der Finanzminister Camphausen ist hier angekommen, von Sr. Majestät dem Kaiser empfangen und zur Tafel gezogen worden. Der König begibt sich morgen früh um 8 Uhr mittels Extrazuges nach Berlin. Der Minister Graf Eulenburg und Herr Camphausen sind bereits abgereist. Herr Benedetti reist heute Nachmittag ab.

Berlin. Unter den Linden bewegen sich große Massen von Bürgern, um dem Könige Ovationen darzubringen, weil sich das Gerücht verbreitet hat, der König komme schon heute, während derselbe, wie gemeldet, erst morgen eintrifft.

Berlin. Der Bundeskanzler Graf Bismarck hat in Folge der telegraphischen Meldungen aus Gms seine auf gestern Abend angelegte Rückreise nach Barzin aufgegeben und verbleibt nun hier. Der Chef des Generalstabes der Armee, Frhr. von Moltke, ist bereits vorgestern von seinem Gute in Schlesien eingetroffen.

Die „National-Zeitung“ schreibt:

„Der König soll eingestehen, daß er sich eines groben Vergehens an der Majestät Frankreichs schuldig gemacht, und es ausdrücklich versprechen, es niemals wieder zu begehen. Der jedes Maaß überschreitenden Frechheit ist die gebührende Zurückweisung geworden. Dem Grafen Benedetti ist durch den dienstthuenden Adjutanten die Thüre gewiesen. Nur diese eine Antwort war möglich. Sie ist in Paris natürlich vorausgesehen worden, wo man nur nach einer Kriegssache suchte, die das deutsche Nationalgefühl nicht direkt in's Angesicht schlagen, sondern die Ansrede zulassen sollte, daß im Grunde nur dynastische Empfindlichkeiten im Spiele seien. Da unterschätzt man doch aber bei Weitem den deutschen Verstand. Der Faustschlag, den man unter allen Umständen versetzen wollte, ist gerade aus dieser albernem Berechnung so kindisch geführt worden, daß seine Frivolität in doppelt verächtlichem Lichte erscheint.“

Berlin. Die „Kreuzzeitung“ schreibt über die neueste französische Zumuthung:

„Jedermann in Preußen wird sich über diese Abweisung freuen, welche Sr. Majestät unser König einer so exorbitanten Forderung hat angezeihen lassen, die in ihrer Annahmung zugleich etwas geradezu Unmögliches verlangt. — Man suchte einen Vorwand zum Kriege, um die Ergebnisse des Jahres 1866 in Frage zu stellen und Deutschland in seiner Entwicklung und Consolidirung aufzuhalten. Ob Europa weitere Konsequenzen ziehen wird? Ob es sich bewußt

werden wird, daß die Stellung, welche Frankreich sich annimmt, auf die Dauer nicht zu ertragen sei? Ob man den Franzosen das Vorrecht gestatten darf, in jedem ihnen beliebigen Augenblicke eine europäische Frage aufzuwerfen und einen Kriegesfall zu stellen? — Das muß man von der Zukunft erwarten. Jedenfalls hat die europäische Staatskunst eine kräftige Mahnung erhalten.“

Die Berliner „Börsen-Ztg.“ schreibt: „Deutschland hat alle seine Kräfte einzusetzen, um sich des schamlosen Störenfrieds zu erwehren und ihn unschädlich zu machen.“ Aehnlich drücken sich die meisten Berliner Blätter aus; ebenso fast alle deutschen Blätter. Wir lassen nachstehend nur noch einige Stimmen der Presse folgen.

Die „Nachener Ztg.“ schreibt: „Die Forderung, welche Benedetti im Namen seiner Regierung an König Wilhelm richtet, daß er (der König) sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder zuzustimmen, falls die Hohenzollern auf die Kandidatur zurückkämen, erreicht die Spitze der Annahmung und Unverschämtheit, in welcher Frankreich während der letzten acht Tage das Möglichste geleistet hat. Wie, man hat die Stirn, dem Könige von Preußen zuzumühen, in eine derartige Demüthigung vor Frankreich einzuwilligen? Man konnte zu Paris in seinem Dünkel, in seinem Hochmuth, seiner politischen Tollheit auch nur einen Augenblick im Zweifel sein, welche Antwort König Wilhelm hierauf geben würde? Verharrt Frankreich auf seinem bisherigen anmaßenden Standpunkte, zwingt es uns zum Kampfe, den wir nicht wollen und nicht provocirt haben, so wird ganz Deutschland wie ein Mann zusammenstehen, alle particularistischen und Sonderinteressen werden in den Hintergrund gedrängt sein und wir werden den Herren Franzosen, da sie es durchaus wollen, durch die That zeigen, was wir so oft gesungen: Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein! Einstweilen wollen wir aber die Hoffnung nicht aufgeben, daß sich eine friedliche Lösung noch bewirken lasse.“

Die „Rheinische Zeitung“, das Organ der Fortschrittspartei, spricht sich über die letzte Zumuthung Benedetti's folgendermaßen aus: „Was konnte man Anderes erwarten, als daß der König diese Zumuthung mit Entrüstung zurückweisen und jede fernere Verhandlung für unzulässig erklären würde? Aber das war ja der Plan, und so ist es für alle Welt klar gestellt, daß der Kaiser Napoleon um jeden Preis den Krieg mit Preußen haben will. Wenn es denn nicht anders sein soll, so kann man nur sagen: in Gottes Namen! Die gestellte Bedingung geht nicht mehr aus einer Fürsorge für den Frieden hervor, auch wenn man sich vollständig auf den französischen Standpunkt stellt; sie kann auch Frankreich keine Genugthuung gewähren; denn wenn man zugeben will, daß sein Interesse bei der preussischen Kandidatur verletzt erscheinen konnte, so ist doch seine Würde nicht im Mindesten davon berührt worden. Dagegen trifft die Forderung des Kaisers direkt die Ehre und die Würde des Königs von Preußen und seines ganzen Hauses, und hier ist es unmöglich, länger zwischen der Person und der Stellung des Herrschers zu unterscheiden. Man mag es beklagen, daß die monarchische Staatsform das mit sich bringt; den Vereinigten Staaten gegenüber wäre die Herbeiführung eines Konfliktes in so persönlicher Form eine reine Unmöglichkeit; aber auf die Form kann es dann nicht mehr ankommen, wenn man sich überzeugen muß, daß sie nur dazu gewählt ist, um den blutigen Kampf zwischen zwei großen Nationen herbeizuführen. Wenn die Franzosen ihren Kaiser nicht von seinen kriegerischen Gelüsten zurückbringen können, so ist es offenbar, daß dem deutschen Volke nichts übrig bleibt, als den dargebotenen, aufgezwungenen Krieg anzunehmen und mit Ehren zu führen. Wird die europäische Diplomatie noch im Stande sein, sich in's Mittel zu legen und Europa die furchtbare Prüfung zu ersparen? Die Hoffnung ist schwach, aber man darf sie noch nicht gänzlich aufgeben.“

Paris. Die „France“ veröffentlicht heute einen neuen provocirenden Artikel, in welchem sie sagt: